

Tagesordnung I Punkt 18 der öffentlichen Sitzung am 08.02.2007

Vorlage Nr. 07-F-01-0011

**Kraftwerksneubau auf der Ingelheimer Aue / Moratorium
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 31.01.2007 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1.

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden spricht sich für ein dreimonatiges Moratorium beim Bau eines neuen Kraftwerks auf der Ingelheimer Aue aus. Vorstand und Aufsichtsrat der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden werden gebeten, alle Entscheidungen, die zum Bau eines Kraftwerks auf der Ingelheimer Aue führen, bis Ende Mai 2007 zu vertagen und dem Magistrat für die Vorlage der unter 3. genannten Alternativen rechtzeitig die nötigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

2.

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten, wie die von der Landeshauptstadt Wiesbaden vereinbarten Klimaschutzziele umgesetzt werden und wie die im Klimabericht 2004 erkennbare Schere zwischen den Zielen im CO₂-Ausstoß und dem tatsächlichen Ausstoß geschlossen werden kann.

3.

Der Magistrat wird gebeten, bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 10. Mai 2007 folgende Alternativen der Stromerzeugung unter wirtschaftlichen und ökologischen Aspekten synoptisch darzustellen:

3.1. Den Bau eines 750 bis 800 MW-Leistung erzielenden Kohlekraftwerks (wie geplant).

3.2 Den Weiterbetrieb der vorhandenen, nach Selbstdarstellung der KMW „weltweit modernsten GuD-Anlage“ und ggf. den Zubau von einem weiteren 400 Megawatt Leistung erzielenden GuD-Kraftwerk.

3.3. Den Weiterbetrieb des vorhandenen, hochmodernen GuD-Kraftwerks und den Einsatz der für das Kohlekraftwerk eingeplanten Investitionsmittel von 900 Millionen Euro für Projekte der Strom- und Wärmegewinnung unter Nutzung erneuerbarer Energieträger, insbesondere der in unserer Region vorhandenen Erdwärme.

Für alle drei Alternativen sind die Möglichkeiten der Nutzung von Fernwärme auch in Wiesbaden darzustellen. Ebenso ist die Beschäftigungswirkung der unterschiedlichen Varianten darzulegen.

4.

Der Magistrat wird aufgefordert, alle rechtlichen Möglichkeiten der LH Wiesbaden zu nutzen, um eine emissionsrechtliche oder baurechtliche Genehmigung des von der KMW geplanten neuen Kraftwerksprojektes und jede weitere diesbezügliche Vorentscheidung zu verhindern, bis die Stadtverordnetenversammlung eine abschließende Meinungsbildung über die weitere kommunale Stromerzeugung im Bereich Mainz-Wiesbaden hat herbeiführen und sich für eine mit den klimapolitischen Zielen der Stadt verträgliche Lösung hat entscheiden können.

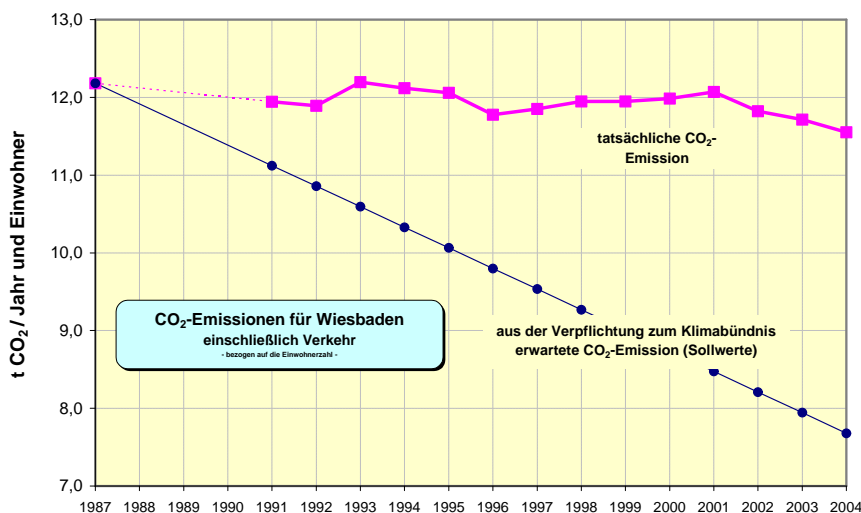
5.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt den auf Initiative der SPD gefassten Beschluss des Umweltausschusses vom 23. Januar 2007, der eine Veranstaltungsreihe zur Verbesserung der Energieeffizienz und den Möglichkeiten des Energiesparens vorsieht.

Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass in diesen Veranstaltungen insbesondere die Möglichkeiten der Energieeinsparung dargestellt werden und daraus folgend ein Energieplan für Wiesbaden entwickelt wird, der Handlungsempfehlungen auch für die Wiesbadener Bürgerschaft enthält.

Die verschiedenen Varianten des Kraftwerksparks auf der Ingelheimer Aue sind auch im Hinblick auf ihre optimale Wirkung im Rahmen dieses Energieplans zu bewerten.

Begründung:



Das von der KMW mit 750 bis 800 Megawatt Leistung projizierte Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue würde ab 2012 jährlich rund 3,5 Mio. Tonnen des für den Treibhauseffekt verantwortlichen Gases CO₂ ausstoßen.

Dieser und andere Gründe bedürfen einer öffentlichen Diskussion, die bisher mangels untersuchter und veröffentlichter Alternativen nur in begrenztem Umfang möglich war. Das Moratorium soll den Stadtverordneten und der Wiesbadener Öffentlichkeit die Gelegenheit geben, diese Diskussion zu führen.

Beschluss Nr. 0060

Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 31.01.2007 betr.

Kraftwerksneubau auf der Ingelheimer Aue / Moratorium

hat durch den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 08.02.2007 seine Erledigung gefunden (s. dazu Beschluss Nr. 0058 zu Vorlage Nr. 07-F-24-0002).

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2007

Der Magistrat
-16-

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .02.2007

Dezernat I, Dezernat III und Dezernat VIII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister